

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. — Durch Ankrieger oder durch die Post monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk. frei ins Haus.

Postfachnummer: Nr. 23986
„Sozialistischer Verlag“ o. G. m. b. H., Breslau.

Anzeigenpreise: Die gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 0,90 Mk., gewöhnlich 1,00 Mk.
Werbung: Die gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 0,50 Mk., gewöhnlich 0,60 Mk.
Werbung: Die gespaltene Millimeterzeile über deren Raum, hinter Text 3. — Mk.

Bojkott gegen Polen!

In einem Funkspruch fordern die russischen Gewerkschaften die Gewerkschaften aller Staaten auf, gegen Polen, wegen dessen Zerkürungen von Städten und Fabrikanlagen beim Rückzug und wegen der Ermordung russischer Arbeiter den gleichen Bojkott zu verhängen wie gegen Ungarn.

Polen.

Mit dem schamlos verlogenen Aufruf der polnischen „Sozialisten“, den die hiesige „Volkswacht“ kritiklos abdruckte, um die deutschen Arbeiter gegen die russischen Arbeiter zu hetzen, werden wir uns ausführlicher in nächster Nummer beschäftigen.

Polen verhaftet inzwischen mit Hochdruck Klassenbewusste Proletarier, Sozialisten und Juden. Die militärische Lage ist hoffnungslos, der Vormarsch der Sowjettruppen unaufhaltsam. Rußland will direkt mit Polen verhandeln und erwartet sein Friedensangebot. Millerand und Lloyd George haben über die Moskauer Antwort auf die Waffenstillstandsforderung Londons. Sie wollen Maßnahmen ergreifen. — Die Bolschewiki denken nicht daran, deutsche Grenzen zu überschreiten. Der Antibolschewist Ed. Bernstein arbeitet also unisono. An der deutschen Ostgrenze wimmelt es von Truppenformationen und Bürgerwehren. Jede Unterstützung Polens muß von der Arbeiterschaft verhindert werden. Der Internationale des Kapitals gegen Sowjetrußland muß die Internationale des Proletariats entgegengestellt werden.

Bela Kahun, Lewien und Genossen verhaftet.

Meldung:

Der Transportdampfer „Lisboa“, der am Mittwoch vormittag mit etwa 1000 aus Oesterreich kommenden russischen Austauschgefangenen an Bord Stettin zu einer Ausfahrt nach Rußland verlassen hatte, ist auf der Swinemünder See von mehreren Torpedobooten angehalten worden. In Bord des Schiffes befanden sich auch Bela Kahun, Lewien (München) und mehrere andere Kommunisten. Das Schiff wurde in der Hafensprache verankert und von Torpedobooten bewacht. Im Laufe des Nachmittags wurden an Bord der „Lisboa“ Bela Kahun, der sich „Grünberg“ nannte, Lewien sowie mehrere andere Kommunisten verhaftet. Die Verhafteten wurden auf ein Torpedoboot gebracht und mit diesem nach Stettin transportiert. Der Transport der Austauschgefangenen soll zurückgeleitet werden.

Dieser Streich der internationalen Konterrevolution gegen Bela Kahun, Lewien und Genossen zwingt das Proletariat zu höchster Wachsamkeit. Der Reaktion, die nach dem Blut dieser Männer lechzt, darf es

nicht gelingen, sie an ihre Feinde (Ungarn, Bayern) zu liefern. Es ist die Pflicht des Proletariats, dies mit allen Mitteln zu verhindern!

Bericht über Spa.

Im Ausschluß für auswärtige Angelegenheiten und im Reichswirtschaftsrat erstatteten Vertreter der deutschen Delegierten in Spa Bericht über die Konferenz. Viel Neues wurde nicht gesagt. Man werde versuchen, die in Spa getroffenen Abkommen zu erfüllen. In London gaben Lloyd George und in Paris Millerand ihrer Zufriedenheit über Spa Ausdruck. — Sie sind alle zufrieden!

Reichstag.

Die nächste Sitzung des Reichstags findet am 26. Juli, nachm. 5 Uhr, statt. Vertreter der deutschen Delegation in Spa werden Bericht über die Spaer Konferenz erstatten.

Die Kredite für Deutschland.

Das „B. Z.“ meldet: In einem vor der Hamburger Handelskammer gehaltenen Vortrag sprach Dr. Melchior, der Mitinhaber der Firma Wag. M. Warburg u. Co., der als Sachverständiger zu den Verhandlungen in Spa zugezogen war, die Kredite, die wir auf Grund der Kohlenlieferungen von der Entente erhalten werden, auf 600 bis 700 Mill. Goldmark.

Haftentlassung des Genossen Siemsen.

Genosse Dr. Siemsen in Essen an der Ruhr, der bekanntlich wegen seiner Tätigkeit als Senior während der Kappplage in Essen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und wegen Fälschungsverdachts sofort verhaftet wurde, ist aus der Haft entlassen worden, weil der Spezialarzt ein schweres Lungenerleiden bei ihm feststellte.

Das Ende der Zwangswirtschaft.

Meldungen: Die hessische Regierung hat infolge erneuter Vorstellungen landwirtschaftlicher Kreise die Zwangswirtschaft für die landwirtschaftlichen Artikel mit Ausnahme von Getreide und Milch aufgehoben.

Die Fleischkarte als Kontrollmittel des Fleischverbrauchs soll vom 1. September d. J. ab im ganzen Reich aufgehoben werden.

Man sieht, die Wünsche der Agrarier und Händler gehen immer mehr in Erfüllung — zum Schaden der Konsumenten.

Die Angestellten in den Berliner Lebensmittelgeschäften stehen seit Donnerstag in einem Lohnstreik.

Die deutschen Finanzen.

Handelsmeldung: Die zweite Uebersicht über die Einnahmen an Zöllen, Steuern und Gebühren, sowie die Einnahmen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung für den Monat Februar 1920 ist soeben bekannt geworden. Danach sind aufgenommen im Februar 1920: 829 442 993 Mk. (Januar 783 684 567 Mk.), vom 1. April 1919 bis Ende Februar 1920: 6 854 869 973 Mk. (1. April 1919 bis 31. Januar 1920: 6 026 226 962 Mk.) aus Zöllen, Steuern und Gebühren, ferner 158 565 544 Mk. (1. April 1919 bis 31. Januar 1920) aus Einnahmen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. — Der Stand der schwebenden Schuld am 31. Mai 1920 betrug an diskontierten Schatzanweisungen und Schatzwechseln 101 461 924 444 Mk. gegenüber 94 992 369 101 Mk. am 30. April, ferner an weiteren Zahlungsvorschüssen aus Schatzanweisungen und Schatzwechseln 10 876 572 202 Mk. (13 489 430 440 Mk.), an Eiskontokorrenten mit Schatzanweisungen und Schatzwechseln 8 365 879 366 Mk. (8 606 956 082 Mk.), insgesamt 120 703 178 532 Mk. (117 148 735 628 Mk.); das bedeutet eine Zunahme der schwebenden Schuld um rund 3,5 Milliarden Mk. (Bresl. N. N.)

Auf dem 2. Kongreß der 3. Internationale

wurden, wie die „Reife Jahne“ meldet, zu Präsidenten gewählt: Levi (Deutschland), Dosmer (? Frankreich), Serrati (Italien), Lenin und Sinowjew (Rußland). In seiner Eröffnungsrede sagte Sinowjew u. a.: Einzelne Gruppen der Arbeiterklassen in manchen Ländern befinden sich auf dem Scheidewege. So die deutsche Unabhängige und die französische sozialistische Partei, so einige andere. Sie verlassen eine nach der andern die Zweite Internationale und versuchen, der Dritten beizutreten. Der Kongreß wird keine geistige Lüge zulassen. Wir werden den deutschen und französischen Arbeitern sagen, daß sie eine Reinigung in ihren Reihen vornehmen sollen, damit sie der internationalen Vereinigung der Arbeiter beitreten können. Dann hielt Lenin ein glänzendes Referat über die internationale Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale.

In Rom

fanden blutige Zusammenstöße zwischen Sozialisten und Nationalisten statt. Infolge der Vorgänge trat die Arbeiterschaft in einen 24 stündigen Generalstreik. Die Unruhen breiten sich über das ganze Land aus.

Überall Arbeiterentlassungen.

Wie der Berichterstatter der „Times“ in Newyork seinem Blatte mitteilt, erlaubt die Pennsylvania Railway Company Sparmaßnahmen etwa 21 000 Angehörige ihres Personals. Es sollen noch weitere Sparmaßnahmen ergriffen werden.

Reichsrat und Kapp-Putsch.

Dokumentarische Feststellungen.

II. Ist es nach den bisherigen Mitteilungen ein Wunder, daß von den Rebellen noch kein einziger bestraft ist, daß sie sich im Gegenteil hohen Ansehens erfreuen und befördert werden, wenn „demokratische“ Minister sich von vornherein in dieser Weise für ihre Rehabilitierung einsetzen?

Die Debatte über die Verhandlungen mit Lüttich und Genossen war ziemlich ausgezehrt. Unterstaatssekretär Schröder sprach sich aus den Gefühlen der Arbeiter nochmals gegen diese Verhandlungen aus. Sein Genosse Heinrich Schulz ist dagegen vom Spartakistenschreck befreit, er erklärt, „jede Stunde, die der Umsturz länger dauere, gebäre 10 000 Spartakisten mehr.“ Noch weiter ist diese Angst bei dem schon erwähnten preussischen Finanzminister Dr. Südekum ausgebildet, der sich zu folgenden Ausführungen verleiht:

„Oesterreich hätten die revolutionären Elemente eine Sitzung mit den Kommunisten gehabt. Es seien zwei Strömungen zutage getreten: die eine sei dafür gewesen, heute abend zum Angriff auf der ganzen Linie gegen das Militär vorzugehen. Die zweite Strömung habe erklärt, sie wolle jetzt nicht in eine Bewegung, die schon im Erliegen sei, eingreifen und dadurch weitere Arbeiterleben verlieren, sondern die Sache durch den Generalstreik tolmachen, aber sie wolle den Zusammentritt der neuen Nationalversammlung im Mai verhindern und dann die Arbeiterrepublik

ausrufen; denn bis dahin werde das Militär infolge der heutigen Ereignisse völlig zerlegt sein. Man werde mit einer Einigung der beiden Richtungen dahin rechnen müssen, daß man im Mai gegen das neue Parlament vorgehen werde. Damit werde ein helles Licht auf die Situation geworfen. Wenn die Generale jetzt nicht noch von ihrem verbrecherischen Vorhaben Abstand nehmen und dadurch noch die Moral in der Truppe erhalten, so würde das die Saat des Kommunismus bei uns reifen lassen.“

„All dieser blühende Unfuss aus dem Munde eines „Sozialdemokraten“! Aber Herr Südekum ist nicht umsonst ein ganzes Jahr der Kollege des Rußlandempfehlenden Heine in der preussischen Regierung gewesen, er hat fleißig gelernt und spricht ganz kunstgerecht den Jargon der Antibolschewisten.“

Der Bericht fährt fort: Inzwischen waren abermals die Offiziere des Herrn v. Lüttich erschienen und hatten mit den Abgeordneten gesprochen. Unterstaatssekretär Schröder berichtet darüber, die Kommunisten hätten der Regierung Kapp soeben das Ultimatum gestellt, die Truppen sollten bis 9 Uhr abends aus den Arbeiterquartieren zurückgezogen werden, andernfalls würde eine neue Regierung Däumig und Dr. Cohn ausgerufen werden. General v. Lüttich erklärte sich nunmehr bereit, für die alte Regierung zu kämpfen!

Der Bolschewikenschreck des Spießbürgers Südekum und der bürgerlichen Heiden tat also seine Wirkung: Lüt-

wich erklärte sich bereit „zu kämpfen“, und was das heißt, das haben die Arbeiter oft genug erfahren. Das schien eine Wendung zu sein. Aber es kam anders. In dem Bericht heißt es weiter:

Diese Mitteilung rief natürlich große Aufregung hervor. Unterstaatssekretär Heinrich Schulz erklärte indessen, das Angebot des Generals dürfe nicht angenommen werden, die Mehrheitssozialisten könne man jetzt nicht mobil machen, um mit dem bis jetzt als Hochverräter bezeichneten General Lüttich gegen die Unabhängigen zu gehen. Die Führer der Mehrheitssozialisten übernahmen es, noch zu versuchen, die mehrheitssozialistischen Arbeiterführer darüber aufzuklären, daß der in wenigen Stunden bevorstehende Angriff nur von den Unabhängigen unternommen und von den Mehrheitssozialisten nicht unterstützt werde.

Dieser rechtssozialistische Koalitionsputsch hat also keine grundhafte Ablehnung des verbrecherischen Anstehens, die „Mehrheitssozialisten“ gegen die Unabhängigen, bis in zwei Teile gesplittete Proletariat gegen einander aufzuheben und sich zu scheiden zu lassen, wobei die Mehrheitssozialisten die noch eben als Reuterer bezeichneten Truppen auf ihrer Seite haben sollten, sondern nur: man könne jetzt nur nicht unter der Führung des Generals v. Lüttich mobil machen und gegen die Unabhängigen kämpfen; grundsätzlich war nichts dagegen einzuwenden, diesen Kampf aufzunehmen. Und weiter: Sollte das

Proletariat den prophezeiten Angriff, der indes nur in den Märschphantasien des versammelten Reichsrats besteht, zur Ausführung bringen, dann würden die rechtssozialistischen Regierungsmänner die rechtssozialistischen Arbeiterführer schon dazu pressen, daß die Massen gespalten und die Aktionen zum Scheitern gebracht werden. Das Ende wäre ein fürchterliches Blutbad unter dem gespaltenen Proletariat gewesen. Dann es einen bündigeren Beweis geben für die Verantwortlichkeit der Koalitionspolitik, deren ausführende Persönlichkeiten mit einer so beispiellosen Gewissenlosigkeit das sozialistische Proletariat auf dem Altar der Bourgeoisieinteressen opfern wollten? ... General v. Lüttwih hat denn auch nicht gegen die Unabhängigen „gesprochen“, aber der damit beauftragte General v. Seeck hat unter den Augen und unter Duldung der Rechtssozialisten das übrige besorgt. Und nach den Ausführungen von Heinrich Schütz sind die rechtssozialistischen Regierungsvertreter für diese Verbrechen nicht nur moralisch mitverantwortlich, sondern sie kommen als offenbar Mitbeteiligte in Frage.

In der Nacht vom 16. zum 17. März ließen die gegenrevolutionären Offiziere noch einmal ihre Künste spielen, um die Zivilgesellschaft zum Unfall zu bringen und für Lüttwih den Oberbefehl zu retten. Der damalige preussische Ministerpräsident Hirsch hat am folgenden Vormittag unter dem freigen Einbruch der Ereignisse darüber berichtet.

Von der Reichsregierung sei der Rücktritt Kapps und Lüttwih gefordert worden und daß die Armee unter General v. Seeck oder einem anderen General, den die Reichsregierung bestimme, trete. Da sei die Nachricht von dem sogenannten Ultimatum der Unabhängigen gekommen. Das Militär habe die Sache für sich auszumachen versucht. Hirsch hielt die ganze Sache mit dem Ultimatum für einen zu diesem Zweck aufgelegten Schwindel. Ein Offizier, der angeblich die Deputation der Unabhängigen empfangen habe, habe nämlich abgelehnt, deren Namen zu nennen. Bis um 5 Uhr morgens sei man zusammen gewesen. Dauernd seien Meldungen über das Anrücken der Spartakisten in den einzelnen Vororten gekommen, dann plötzlich die Nachricht, die Lage sei so gefährlich, daß der Wechsel des militärischen Oberbefehlshabers die ganze militärische Lage schwer gefährden könne. Alles das nur, um den General v. Lüttwih auch für die Reichsregierung unentbehrlich erscheinen zu lassen.

Am folgenden Tage brach dann das Kappabenteuer unter den Streichen des revolutionären Proletariats zusammen, Kapp dankte ab, „um des inneren Friedens willen“, Lüttwih bekam den „Abschied“. Daß der Kampf für die Gegenrevolution diese harmlos-friedliche Wendung nahm, ist in erster Linie der ohnmächtigen Reichsregierung zu danken, nicht zuletzt aber auch, wie aus den wesentlichen Punkten des Berichts hervorgeht, den in Berlin noch gebliebenen Organen der „verfassungsmäßigen Regierung“, deren ganze Politik darauf angelegt war, mit Kapp zu einer Verständigung zu kommen. Die Rolle, die die Südekun, Schulz und Hildebrand dabei spielten, gehört zu dem lehrreichen Kapitel „Koalitionspolitik“, deren verderbliche Folgen während des Kapp-Zwanges sich besonders tragend gezeigt haben. War das Verhalten der damaligen Regierung hinsichtlich über alle Massen, so ist das Verhalten der rechtssozialistischen Regierungsglieder geradezu als verächtlich zu bezeichnen.

Bilanz.

(Schluß)

III.

D. Li. Als nächster Konferenzpunkt von höchster Wichtigkeit wurde dann die Frage des Kohlentributs, den Deutschland an die Alliierten (Frankreich, Italien, Belgien), vornehmlich aber an Frankreich zu leisten hat, behandelt und nach einigen Schwierigkeiten, die der Devisierung mit schamloselischen Gesetzen nicht erschweren, erledigt (wenn auch die deutsche Delegation die Einwilligung, daß die Entente im Falle einer nicht genügenden Kohlenlieferung das Ruhrgebiet besetzen würde, nicht anerkannte). Die Bedingungen des Abkommens sind bekannt. Sie decken sich mit den Forderungen der Alliierten, die sie zuletzt, als Ergebnis der Verhandlungen, stellten (im Nr. 79 der „Schl. Arb.-Ztg.“ vom 17. Juli ist deren wesentlicher Teil veröffentlicht, wobei allerdings ein paar für den Feind wichtiger als bei den Kontrollorganen, die die Durchführung der Forderung zu überwachen haben, die Rede ist, während es sich nämlich um Kontrollorgane zur Durchsicht der Verträge überhaupt handelt). Zur besseren Orientierung sei aber der „Kontak“ noch einmal bekanntgegeben. Die deutsche Regierung hat ihn durch das R.A. in einer kurzen Zusammenfassung des Konferenzgebühres mit folgendem Wortlaut bekanntgegeben:

Die Kohlenlieferung wird nach dem Betrag der Lieferungsverpflichtung über die Höhe der monatlichen Kohlenlieferung von 2.400.000 Tonnen auf 2 Millionen Tonnen herabgesetzt und gibt die Möglichkeit, den Anstieg an Kohlenpreisen, der durch die verminderte Leistung resultiert, durch eine Verringerung von oberirdischen Kohlen abzubauen zu mildern. Zugleich ist es für Deutschland eine besondere Kohlen-Konvention ein, in der Deutschland als Mitglied vertritt. Für die auf dem Landwege gebrachten Kohlen wird eine Prämie von 5 Mark in Gold pro Tonne und der Betrag in Höhe des Restes der Differenz zwischen dem deutschen Zolltarif und dem auf bestimmte Art festgesetzten Weltmarktpreis gewährt, der monatlich nach Maßgabe der Höhe der Kohlenlieferung festgesetzt wird. Die Prämie und der Betrag kann und soll sofort zur Erhaltung der Lebenshaltung des deutschen Volkes verwendet werden, insbesondere der Bergarbeiter, durch deren Arbeitslosigkeit die Durchführung der Kohlenlieferung an die Alliierten ermöglicht wird.

Deutschland soll demnach monatlich (ab 1. August, 6 Monate lang) 2 Millionen Tonnen Kohle an die Alliierten liefern. Nach dem Friedensvertrag von Versailles war ja Deutschland ursprünglich verpflichtet, bedauerlich aber, monatlich monatlich 2 1/2 Millionen Tonnen abzugeben. Diese Menge wurde aber bald aus der Lieferungsverpflichtung

auf 2 1/2 Millionen ermäßigt und beträgt also nun 2 Millionen Tonnen im Monat. Bis jetzt hat Deutschland bis zum 10. Mai 1920 5.642.000 Tonnen Kohle und vom 10. Mai bis Ende Juni 1.828.000 Tonnen an die Entente abgeliefert. Deutschland, dessen Kohlenproduktionsmenge vor dem Kriege eine glänzende Ziffer aufwies, hat durch den Verlustausgang des Krieges eine Anzahl Kohlengebiete verloren (vor allen Dingen das sehr wichtige Saarrevier), das Verfügungsrecht über die oberirdische Produktion liegt (durch die Besetzung dieses Gebiets) in fremder Hand (jetzt soll ja eine Mehrlieferung oberirdischer Kohle an Deutschland stattfinden), die Produktion an sich ist durch die geringere Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter (Unterernährung usw.) und die schlechte Beschaffenheit des Materials zurückgegangen, so daß die geforderte 2 Millionenlieferung an die Entente der deutschen Wirtschaft, die wie jede im großen wie im kleinen auf Kohle angewiesen ist, zum schweren Schaden gereichen muß.

Auf der Konferenz war es besonders Herr Hugo Stinnes, der mit Pathos und Kraftmeierei als Gegner der ententischen Kohlenforderung auftrat. Weshalb? Ist nicht für ihn als Kohlenkönig die Lieferung, die das Reich (also die Menge der Steuerzahler) zu bezahlen hat, die Gewissheit eines guten Geschäfts? Vielleicht war sein „kräftiges“ Auftreten der pathetische Versuch einer Prestigeleistung der schwarz-weiß-roten Farben, vielleicht wollte er sich als Beschützer der deutschen Wirtschaft im allgemeinen (Produzenten und Konsumenten [Hausbrand]) aufspielen und vielleicht gedachte er die von der Entente angebotene Besetzung des Ruhrgebiets zu erzwingen zur Ver-

Wort über die Diktatur des Proletariats.

Den „Morgens“ der S. P. D. zur Kenntnis.

I.

„Wenn der politische Kampf der Arbeiterklasse revolutionäre Formen annimmt, wenn die Arbeiter an Stelle der Diktatur der Bourgeoisie ihre revolutionäre Diktatur setzen, dann begehren sie das förmliche Bekreischen der Prinzipienbeleidigung, denn um ihre ständigen, profanen Tagesbedürfnisse zu befriedigen, um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen, geben sie dem Staat eine revolutionäre und vorübergehende Form, flut die Waffen niederzulegen und den Staat abzuschaffen.“

II.

„Zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Ubergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

wirkung eines großkapitalistischen internationalen Planes, der darauf hinauszieht, ein mächtiges, einheitliches deutsch-französisches Kohlengebiet von der Normandie über das Rheinland bis nach Elbas-Lothringen zu schaffen. — Es ist klar, daß die restlose Durchführung des Abkommens die deutsche Wirtschaftskatastrophe verschlimmern muß. Abgesehen von der Produktionsbeschränkung in der Industrie usw. müßte die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohle schwer leiden. Ja, ist denn die Höhe der Forderung der Alliierten insofern wirklich gerechtfertigt, als z. B. Frankreich, dessen Bergwerke besonders durch die deutsche Invasion zum Teil schwer gelitten haben, dadurch im notwendigen geholfen wird? Nein, die verlangte Menge übersteigt das Maß des absolut Notwendigen; das französische Kapital will mit der deutschen Kohle Ausfuhr- und Schmelzgeschäften machen und die gemessenen lothringisch-luxemburgischen Werte mächtig in Schwung bringen!

Das Spaener Kohlenabkommen soll dem französischen Kapital erfreulichen Profit, Vormachtsstellung bringen und den deutschen Kohlenmagnaten ebenfalls guten und gesicherten Nutzen zufließen. (Ab 1. August sollen und werden bekanntlich die Kohlenpreise wieder erhöht werden und sie werden — durch das geringere Angebot — weiter steigen; auch die deutsche Börse reagiert bereits auf die Gewinnersparungen mit kolossalen Kurssteigerungen der Kohlenpapiere.) Die deutsche Wirtschaft im ganzen (mit all den sozialen Folgen) aber muß an der Praxis des Vertrages schwer tragen. Und wer ist der leidende Teil? Die Arbeiterklasse. Wenn die Betriebe aus Kohlenmangel geschlossen werden müssen, liegen die Proletarier als Arbeitslose auf der Straße, wenn die Hausbrandkohle knapp ist, hat wiederum der Proletarier das Nachsehen, und die Bergarbeiter? Man könnte sich nicht zu der Erwägung über die Forderung der sechs Hundertschicht ist jetzt wirklich gerührt zu denken, im Gegenteil, die Länge der verlängerten Arbeitszeit wird nicht lange auf sich warten lassen. Der Fall der Kohlenbergbau-Arbeiterschaft (Stinnes und Hne) darüber war ja schon vor der Konferenz besprochen und fern, nach alle Reden hier auf der Konferenz, daß die deutsche Bergarbeiterklasse des Ententepolitikums wegen keine Überwinden werden würde, warzu Lebensarten. Nachstehendes Schreiben illustriert wieder mal glänzend den Segen der Arbeitergewerkschaft — für das Kapital. Es lautet:

„Wir sind, Herr S. P. D., heute in der Arbeitergewerkschaft Zusammenkunft. Die Arbeiter des Ruhrgebietes sind heute mit uns zusammengekommen, um die große Konferenz, an der jeder ganz persönlich teilnimmt, und um allen Dingen im Hinblick auf die bevorstehende Konferenz der französischen Regierung beizutreten, an Stelle des bisher ständigen Prinzipienbeleidigers, um die Kohlenpreise im Hinblick auf die revolutionäre Umwandlung zu besprechen.“
Die Bergarbeiter glauben, trotz aller Erklärung, daß sie zu tunen, als sie sie mit ihren Verbündeten Alliierten gemessen haben.

Da aus bestimmten Gründen diese Vertrauensmännerbesammlungen der Arbeiterorganisationen baldmöglichst stattfinden müssen, hat der Gewerkschaftsausschuß mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der ganzen Frage beschlossen, den Vertrauensmännern der Organisationen — es handelt sich um zusammen 1000 Mann für alle der Arbeitergewerkschaft angeschlossenen Bergarbeiterverbände — die durch die Teilnahme an dieser Versammlung ausfallende Schicht zu erlassen.

Um eine Kontrolle ausüben zu können, wurde mit den Organisationen vereinbart, daß sie den geladenen Vertrauensmännern einen Ausweis ausstellen, der bei der Versammlung von den Organisationen abgestempelt wird. Gegen Auszahlung dieses gestempelten Ausweises bitten wir, den betreffenden Arbeitern die ausfallende Schicht zu erlassen. Ebenso ist den Vereinen der technischen Angehörigen Organisationen zugesagt, ihren Vertrauensmännern einen Nachmittags freizugeben. Die oben angegebene Ausweiskontrolle soll auch hier stattfinden.

Stüttauf!

Die Geschäftsleitung,
gez.: v. S. D. v. S. P. D.

Die ausgeregelten deutschen Bergarbeiter sollen also Heberschichten leisten für das deutsche und französische Kapital, für den Profit der goldenen Internationale, was sonst geschieht, interessiert diese Herren nicht.

IV.

In Spaa sah die Internationale der Konterrevolution, die Internationale der Ausbeutung. Das ist die Bilanz. Die Selbsterhaltung wird und muß aber die Proletarier dazu zwingen, ein System zu zerstören, daß auf den Leibern der Menschen goldene Fettschicht errichtet. Der Vertrag von Spaa muß ein Feigen Papier werden. Um das zu erreichen, muß das deutsche Proletariat mit seinen Ausbeutern, das französische, englische, italienische Proletariat mit den seinen reinen Tisch machen.

Republik Deutschland

Die deutsche Regierung gegen den Boykott Ungarns.

Der Wiener Arbeiterrat hatte einige Waggons ungarischer Obstes, die für Deutschland bestimmt waren, getreu seiner Verpflichtung, den Boykott gegen Ungarn durchzuführen, in Wien angehalten und, damit das Obst nicht verderbt, es an die Wiener Bevölkerung zur Verteilung gebracht. Die deutsche Regierung, die sich um den Boykott nicht kümmert, hat darauf eine diplomatische Beschwerde über das Anhalten des Zuges an die Regierung in Wien gerichtet. Wie die „Neue Freie Presse“ erfährt, erwiderte die österreichische Regierung, daß der ganze Boykott gegen Ungarn und seine Einstellung und Durchführung dem Einfluß der österreichischen Regierung entricht sei.

Der Wiener Arbeiterrat tut seine Pflicht, wenn er Sendungen aus Ungarn anhält. Die deutschen Klassenbewußten Arbeiter wissen das und richten sich danach, so unangenehm auch das Ausbleiben des Obstes ist. Das muß getragen werden, um den furchtbar leidenden Arbeitern Ungarns zu Hilfe zu kommen. Der Schritt der deutschen Regierung muß von den deutschen Arbeitern als eine arbeitserfindliche Handlung empfunden werden, die ihren schärfsten Protest herausfordert.

Kapitalistische Wirtschaft.

70 Millionen Mark verbracht!

Was wurde nach Deutschland eingeführt?

Der „Telegraf“ gibt eine Statistik der nach Deutschland exportierten Waren vom Jahre 1919, also einer Zeit des tiefen Valutastandes. Diese Zahlen sind sehr interessant; zeigen sie doch, für welche Produkte die Aufsummen ins Ausland geflossen sind. Man könnte es noch verstehen, wenn möglichst viel Lebensmittel für die halbverlungerte Bevölkerung eingeführt worden wären. Aber nein, es sind Zigarren und Tabak, die in Unmengen über die Grenzen nach Deutschland gestromt sind.

Es wurde eingeführt:

Margarine	...	22.329.0684
Gefrierfleisch	...	31.312.776
Butter	...	21.595.659
Kartoffeln	...	27.514.546
Perlinge	...	16.744.809
Kofossöl	...	6.404.780
Käse	...	4.620.359
Baumwollwaren	...	3.508.241
Flachs	...	4.340.059
Dagegen Zigarren	...	27.678.846
Sumatratobak	...	18.560.988
Javatobak	...	17.894.229
Zigaretten	...	7.785.720

Während wir also an dem Notwendigsten Mangel gelitten, an Butter, Fett, Käse, Kleidern nur beschränkte Einkäufe im Auslande gemacht haben, hat die Spekulation mit Zigarren und Tabak eine Einfuhrrekordziffer von annähernd 72 Millionen Mark erreicht. Diese Summe ist der Ausdruck für eine Wertvermehrung, die sich würdig der Wertvermehrung im Kriege zur Seite stellt, weil sie für einen durchaus unproduktiven Luxus aus Ausland gegeben wurde. Wenn man nun noch berücksichtigt, daß nicht allein von Holland, sondern auch aus anderen Ländern Rauchwaren nach Deutschland eingeführt, wenn man noch ferner berücksichtigt, daß nicht allein Tabak und Zigarren, sondern noch viele andere ebenso unproduktive und wertlose Luxuswaren nach Deutschland in der Zeit der größten Not eingeführt wurden, dann kann man erst erkennen, mit welcher Leichtfertigkeit und wirtschaftlichen Verabschiedung die Spekulation gearbeitet, Valuta und Preisbildung aufs möglichste beeinflusst und selbst zur Katastrophe getrieben, vor der wir stehen. Die Regierung aber, der diese Dinge bekannt waren, hat untätig und unfähig diesen Dingen ihren Lauf gelassen. Euch aber, Arbeiter, sei das eine Warnung: Kauft keine ausländische Zigarren oder Zigaretten an, kauft keine ausländischen Tabak! Ihr fordert damit die Spekulation und nehmt Suren Kindern das Brot weg!

Abdruck

Ger. 7. Juli 1920

Breslau, den 24. Juli.

Diktatur.

Der proletarische Staat ist, wie jeder Staat, ein Unterdrückungsapparat, aber er richtet sich gegen die Feinde der Arbeiterklasse. Sein Zweck ist, den Widerstand der Ausbeuter, die im Verweigerungskampf alle Mittel anwenden, um die Revolution im Blut zu ersticken, zu brechen, ihn unmöglich zu machen. Die Diktatur des Proletariats, die diesem offen die bevorzugte Stellung in der Gesellschaft gibt, ist andererseits eine provisorische Einrichtung. In dem Maße, in dem der Widerstand der Bourgeoisie gebrochen, diese expropriert und allmählich zu einer arbeitenden Schicht wird, verschwindet die proletarische Diktatur, der Staat stirbt ab und mit ihm die Klassen selbst.

(Aus den Richtlinien der 3. Internationale, angenommen vom Kongress der 3. Internationale in Moskau, 2.—6. März 1919).

Die Volkswachtschande.

Wir können es ruhig aussprechen, daß die deutschen Gewerkschaftsführer und die deutschen Sozialdemokraten die infamsten und größten Dummköpfe, die in der Welt gelebt haben, sind. Rosa Luxemburg. (Aus der programmatischen Rede auf dem Gründungsparlament der K. P. D. am 29. bis 31. Dezember 1919.)

Eine geradezu unglaubliche Irreführung der Arbeiter leistete sich die „Volkswacht“ in einer „Die Schlesische Arbeiterzeitung“ überschriebenen Notiz. Wir stellten die Tatsache fest, daß die Sowjetregierung das auf Polen bezügliche Angebot am 17. Juli noch nicht beantwortet hatte und fügten hinzu: „Hoffentlich wird es abgelehnt.“ Einmal geht England die ganze Sache garnichts an, da es sich um einen nirgends bezweifelten Angriff Polens handelt und dann war der „Vorschlag“ Englands für die Russen überaus ungünstig. Die Hoffnung, die Russen würden es ablehnen, drückte gleichzeitig die Hoffnung aus, die Russen seien stark genug dazu. Für uns wäre das, da es sich um eine Proletarierregierung handelt, die eine ganze Reihe von „Demokratien“ juridischiert, natürlich eine im Interesse des Weltproletariats liegende äußerst erfreuliche Tatsache.

Die „Volkswacht“-Leute machten daraus eine Immerfestbedruffmelodie und stellten sich (hinter den Beilen) als Gegner jeder Gewalt hin, wobei sie eine völlig unkontrollierte Mär von „erschossenen Dejureuren“ wieder aufwärmen, um Stimmung gegen — die Arbeiterregierung! zu machen.

Was aber unsere Stellung zur „Gewalt“ anlangt, so sind wir der einzig möglichen sozialrevolutionären Auffassung, wie sie Bernhard Schottlaender, der schärfste Antipolitist in dieser Zeitung oft formuliert hat. Nämlich: es kommt uns revolutionären Sozialisten einzig und allein darauf an, ob die Gewalt angewandt wird im Sinne (das ist: in der Richtung) der historischen Entwicklung oder gegen sie. Mit Gebeten, Sittenregeln und Reichstagsmandaten wird sich das Proletariat niemals von der Diktatur der Ausbeuter befreien können, ebensowenig, wie es Balkenbrigaden entwaffnen oder Sinnesreptile zähmen kann durch Bittprozessionen mit Weihrauch, Kreuzen und Kniefällen.

Wenn uns die „Volkswacht“-Leute die Unrichtigkeit unserer Ansicht nachweisen können, so würden wir dieser Belehrung äußerst zugänglich sein.

Danach aber beschäftigen sich die guten Leute mit einem Zitat von Frau Dr. Luxemburg. Aber das muß man wörtlich gelesen haben! Diese Beschäftigung ist unglaublich!

Also: „Damit noch nicht genug, schlägt sich die „Schles. Arbeiterzeitg.“ in der gleichen Ausgabe selbst ins Gesicht durch ein Zitat von Rosa Luxemburg, das ein vernichtendes Urteil der unabhängigen Politik darstellt. Der fündige Redakteur der „Arbeiterzeitung“ hat das natürlich nicht gemerkt. Unter der Ueberschrift „Die verführte Revolution“ heißt es in dem Zitat:

„Die sozialistische Umwälzung setzt einen langen und hartnäckigen Kampf voraus, wobei das Proletariat allem Ansehen nach mehr als einmal zurückgeworfen wird, so daß es das erste Mal, vom Standpunkte des Endresultates des ganzen Kampfes gesprochen, notwendig „zu früh“ ans Ruder gekommen sein wird.“

Weiter führt Rosa Luxemburg aus, daß diese „verführten“ Angriffe des Proletariats ein sehr wichtiger Faktor sind, der die politischen Bedingungen des endgültigen Sieges schafft, indem das Proletariat erst im Laufe jeder politischen Krise, die seine Machtergreifung begleitet wird, erst im Feuer langer und hartnäckiger Kämpfe den erforderlichen Grad der politischen Reife erreichen kann, der es zur endgültigen großen Umwälzung befähigen wird.“ Und schließt:

„Da aber das Proletariat somit gar nicht imstande ist, die Staatsgewalt anders als „zu früh“ zu erobern, oder mit anderen Worten, da es sie unbedingt einmal oder mehrmals „zu früh“ erobern muß, um sie schließlich dauernd zu erobern, so ist die Opposition gegen die „verführte“ Machtergreifung nichts als die Opposition gegen die Befreiung des Proletariats überhaupt, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen.“

Auf unsere Verhältnisse übertragen:

Der Eingriff in die Staatsgewalt des Proletariats vom November 1918 war ein solcher „verführter“. Aber er war eine Tasse zum endgültigen Siege. Auch jetzt nach den Rahlern hätte sich wiederum die Gelegenheit zu einem Eingreifen des Proletariats in die Staatsgewalt geboten. Es wäre noch kein endgültiger Sieg gewesen, sondern nach Rosa Luxemburg wiederum ein „verführter“ Eingriff. Trotzdem aber ein notwendiger. Die Unabhängigen aber treiben eine falsche Enthaltungspolitik und haben durch diese der Reaktion die Macht in die Hände gespielt. Nur hat der klare Geist der Revolutionärin Luxemburg den Unabhängigen die Sinnlosigkeit ihres Verhaltens vorausgesagt: „Opposition gegen „verführte“ Machtergreifung ist Opposition gegen die Befreiung des Proletariats überhaupt, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen.“ Damit ist die unabhängige Oppositionspolitik gerichtet und zwar von einer Revolutionärin, die die „Schles. Arbeiterzeitung“ ihren Lesern (mit Recht) als Lehrerin hinstellt. Nur schade, daß sie und die U. S. P. überhaupt nicht die Lehren der Kämpferin des Proletariats zu allererst befolgen. Dann lassen sie, die Unabhängigen, heute in der Regierung!

Ausgerechnet Rosa Luxemburg wird hier unterstellt, sie habe unter „Machtergreifung des Proletariats“ die Beteiligung einer proletarischen Partei an einer bürgerlichen-proletarischen Regierung verstanden! Ausgerechnet Rosa Luxemburg für Eintritt der U. S. P. in die Regierung!

Ist das nun Dummheit oder Verbrechen? Meinen diese Sozialdemokraten das ehrlich aus purer Borniertheit oder verdröhen sie bewusst, mit der Absicht ihre Leser zu täuschen? Das eine wäre so vernichtend wie das andere!

Die „Volkswacht“ schreibt: „Die Unabhängigen aber treiben Enthaltungspolitik und haben durch diese der Reaktion die Macht in die Hände gespielt.“ (Die sie also nicht hatte?) Der Parteivorstand der K. P. D. schreibt in dem berüchtigten Brief vom 9. Juni an die Parteipresse: „Wir rechnen damit, daß diese Regierung der Rechtsparteien zustande kommen wird. Uns aber kann eine derartige Regierung im Augenblick nur erwünscht sein (!), denn die Verhandlungen in Spaa werden der deutschen Republik und dem deutschen Volke schwere Lasten auferlegen. Wir haben alles daran zu setzen, daß die Repräsentanten der Rechtsparteien die Verhandlungen in Spaa führen und die Anordnungen der Entente auf sich nehmen.“

Krause, merkte was? Wie das stinkt! Eine miserablere Selbstenklärung gibt es nicht. Alles, der ganze Hefelzug gegen die Ablehnung der U. S. P. ein abgekartetes Spiel, zu dem in diesem Brief aufgeföhrt wird und für den die Presse Winke, Notizen, Artikel geleistet bekommt! Und immer noch Arbeiter, Sozialisten, Revolutionäre hinter diesem verkommenen Schiebergesindel!

Rosa Luxemburg zeigt in dem „angegriffenen“ — nach den „Volkswacht“-methoden also „verdrehen“ Zitat — daß das Proletariat nicht auf einen Schlag den kapitalistischen Baum

Muldo im Allerheiligen-Hospital?

Wir fragen: Ist es wahr, daß der Oberleutnant Muldo, der bis jetzt im hiesigen Untersuchungsgefängnis war, wegen angeblicher Krankheit in das Allerheiligen-Hospital gebracht wurde? Bedenkt man eine chronische Verhandlungsunfähigkeit des Verbrechens zu konstruieren? Wie würden darüber auf Grund der erlebten Praxis keineswegs erstaunt sein.

fallen kann, daß der Kampf mehrmals hin und herwogen wird und daß jede Aktion, die aus der Masse bricht, durchgekämpft werden muß, gleich, ob Sieg oder Niederlage gewiß ist. Die „Volkswacht“ macht aus diesen Eingriffen des Proletariats in die Staatsgewalt eine — Beteiligung an einer bürgerlichen Parlamentsregierung! Frau Dr. Luxemburg spricht von einem noch nicht „endgültigen“ Niederschlagen der Bourgeoisie, dem ein Rückfall in Ohnmacht folgen kann — die „Volkswacht“ macht einen Spaziergang Arm in Arm mit der Bourgeoisie in einer (obendrein ohnmächtigen) Regierung daraus!

Das lassen sich Sozialisten bieten? Wenn ein sozialdemokratischer Redakteur behaupten will, die U. S. P. habe durch die Weigerung an einer Regierung mit Bürgerlichen teilzunehmen eine „Machtergreifung des Proletariats“ im Sinne Rosa Luxemburgs verabsäumt, so ist er entweder ein politischer Säugling oder er lügt bewußt. Aber das ist ja das Niederrichtige daran: diese Leute belügen ihre Leser zum Schaden der sozialistischen Arbeiterbewegung und zum Nutzen der sozialdemokratischen Parteihäuptlinge. Sie wissen: 1. Nur durch eine Fülle von Verfassungsbrüchen hätte ein Eintritt der U. S. P. in die Regierung sie zu etwas ähnlichem machen können, was Rosa Luxemburg als Machtergreifung des Proletariats bezeichnet. 2. Die U. S. P. hätte sich also nur mit der klaren Absicht des auf Aktionen der Massen gestützten Vorbruchs mit den Demokraten und Rechtssozialisten vereinigen können. 3. Die tatsächliche Macht der Bourgeoisie liegt bei der Soldateska, den Unternehmern, den Richtern, der Presse, den Beamten und weder einige noch tausend Minister können diese tatsächliche Macht brechen oder den Händen der Bourgeoisie entwenden, sondern lediglich die revolutionären Aktionen der Arbeiterschaft sind dazu imstande.

So, so!

Vermehrung der Sicherheitspolizei in Schlesien.

Aus dem Oberpräsidium wird uns geschrieben: „Am 20. d. Mis. fand im Oberpräsidium unter dem Vorsitz des stellvertretenden Oberpräsidenten Dr. Proské mit den Regierungspräsidenten und den Leitern der größeren Kommunalverbände der Provinz Niederschlesien, sowie dem Polizeipräsidenten und dem Gruppenführer der Breslauer Sicherheitspolizei eine Besprechung von Organisationsfragen betreffend die Sicherheitspolizei statt. Schon einige Zeit vor der Konferenz in Spaa hatte der Herr Oberpräsident beim Herrn Minister um Vermehrung der Sicherheitspolizei für Schlesien in Gestalt einer provinzialen beweglichen Reserve, die im Bedarfsfalle in gefährdete Orte geschickt werden kann, gebeten. Diese provinziale Reserve ist auch zugesagt worden. Nach dem Ergebnis der Konferenz in Spaa kommt nun auch noch eine weitere Vermehrung der Sicherheitspolizei in Frage. Die maßgebenden Stellen sind mit den vorbereiteten Arbeiten für die Beteiligung der in Aussicht genommenen Vermehrung bereits befaßt. In der obengenannten Besprechung sind die Fragen der Verteilung und Unterbringung innerhalb der Provinz Niederschlesien neben anderen Organisationsfragen erörtert worden. Es ist auch eine Organisation ins Auge gefaßt, welche dem platten Land ein größeres schnell verfügbares Schutzes verschafft. Sobald die eingeleiteten Verhandlungen und die ministeriellen Verfügungen ein endgültiges Ergebnis erzielt haben, wird die Öffentlichkeit alsbald weiter darüber unterrichtet werden.“

Die Sicherheitswehr — der Schutz der Bourgeoisie — soll und wird also noch vermehrt werden. Denkt daran, Proletarier, denkt daran besonders, wenn ihr neue Steuern zahlt.

Blüten aus der hiesigen kapitalistischen Presse.

(Fortsetzung.) „Volkswacht“, Nr. 164, Leitartikel: „Genf und Moskau.“ „Diejenigen, die triumphierten, die zweite Internationale sei gesprengt, werden am Ende doch nicht Recht behalten. Und ginge sie wirklich zugrunde, so würde sie nicht, wie ihr vorausgesagt wurde, ein sogenanntes „Sozialpatriotismus“ zugrunde gehen, sondern durch die zeretzende Kraft des Bolschewismus. In Genf werden deutsche und belgische und englische Sozialisten zusammen-treffen, die während des Krieges zu ihrem Lande standen,

und die gemeinsame Arbeit wird an Erinnerungen nicht scheitern.“

„In der brutalsten Weise hat Moskau die Unterwerfung der Unabhängigen unter die russischen Auffassungen von sozialistischer Volksbeglückung gefordert und damit nur aufs neue die Nichtigkeit der Behauptung Kautskys bewiesen, man spreche vom Bolschewismus so gut, wenn man ihn den asiatischen Sozialismus nenne, man müsse sagen: der tatarische!“

Diese sogenannte russische Internationale besteht in Wirklichkeit nur aus der in Rußland regierenden etwa 100 000 Köpfe zählenden kommunistischen Partei und kleineren Gruppen in Europa, die als gehorame, in Rußland honorierte Agenten Lenins und Tschitcherins die Geschäfte der russischen Außenpolitik zu besorgen haben. Diese Internationale ruht auf dem Boden der Diktatur auf der einen Seite, der klawischen Abhängigkeit auf der andern. Sie ist lebensunfähig und zum Verderben verurteilt.“

„Schlesische Tagespost“ vom 19. Juli, Artikel: „Die Studentenhege der Sozialdemokratie.“

„Aber die verbissene Wut nicht allein Marburg, sondern gegen alle Universitäten, richtet sich hier vor allem gegen die Studentenschaft, die sich bereitwillig der Regierung zur Verfügung stellte, als die Rote Armee an der Ruhr und in Thüringen ihr Banner erhob. Um die Regierung der Müller und Bauer zu stützen, zogen die Zeitfreiwilligen ins Feld. Dabei kam es zu dem bekannten Zwischenfall bei Eisenach. Gefangene Spartakisten, nach der Unabhängigen Presse selbstverständlich harmlose Arbeiter, sollten abtransportiert werden. Nebel und Wald schienen günstige Gelegenheit zum Entweichen zu bieten. Aber die Begleitmannschaft ließ sich nicht verpöten, sie schossen hinter den Flichsenden her und trafen sie tödlich.“

„Breslauer Zeitung“ vom 22. Juli, Leitartikel: „Die Folgen der Streiks und Lohnsteigerungen.“

„Vielleicht kommen unsere Arbeiter dann auch so weit zur Besinnung, daß sie die Weisheit und Wahrheit erkennen, die in dem Ausspruch Benjamin Franklins liegt: „Wer den Arbeitern vorlügt, daß ihnen durch irgend etwas anderes geholfen werden könne, als durch Fleiß und Sparsamkeit, ist ein Giftmischer.“ (Die Sammlung wird fortgesetzt.)

Auch die Unternehmer!

Die Arbeitgeberverbände haben dem Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses der Stadt Breslau vom 14. Juli in Sachen des Lohnabbaus Wirtschischer Arbeitsgemeinschaft ihre Zustimmung erteilt. — Nun ist alles wieder gut und die Arbeiter haben — wie immer bei arbeitgemeinschaftlichen Dingen — das Nachsehen.

Verantwortlich: für den gesamten Inhalt Dagobert Lubinski; für die Inserate Fritz Ulrich; Druck: Buchdruckerei Käsel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Billa
Politik
Täglich
4-Uhr-See Garten u. Veranda
Musik: Waldow von früh ab geöffnet

Alle Distriktsführerinnen

treffen sich am
Sonntag, den 24. Juli, abends 7 Uhr
zu einer
Besprechung im Parteilokal, Nikolaistr. 49/50.

Achtung!

Sämtliche Distriktsräte und Distriktsführer sowie die Bezirksleitung, Pressekommission, der Aufsichtsrat der Arbeiter-Zeitung und der gesamte Ortsrat werden ersucht

Dienstag, den 27. Juli, abends 7 Uhr
im Restaurant zum „Roten Löwen“
Kaiserhofstraße 21
vollständig zu erscheinen.

Tagesordnung:
Wie bauen wir unsere Genossenschaft auf einer gesunden Basis auf?
Der Obmann des Ortsrats
Stiesch.

Parteigenossen!

Einer unserer besten und tüchtigsten Genossen aus der Provinz ist durch ein bedauerliches Missgeschick durch einen raffinierten Einbruch seiner gesamten Habe und seines Wardschandes beraubt worden. Er steht jetzt völlig mittellos da und ist es für uns selbstverständliche Pflicht, dem Genossen helfend beizustehen. Wir richten deshalb die dringende Bitte an Euch, zugunsten des so schwer Geschädigten schenkt eine freiwillige Sammlung aufzunehmen und die gesammelten Beträge sofort unserem Parteikonto (Willy Sieglers Nr. 81 919) mit dem Vermerk „Provinzialer“ abzugeben zu wollen. Parteigenossen! Hebt Solidarität! Alle Ortsgruppenvorstände werden ersucht, umgehend Sammellisten auszugeben.

Bezirksleitung Schlesien, Sieglers.
Berichtigung: Die Postfach-Nummer der Bezirksleitung Schlesien lautet: Willy Sieglers 81 919 und nicht 81 917, wie irrtümlich angegeben.

